Die Lage der Reichsfinanzen.

Die Lage der Reichsfinanzen kam dieser Tage in der Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages zur Erörterung. Im Hinblick auf die abfällige Kritik einiger Blätter war an die Vertreter des Reichsschatzamtes aus der Kommission heraus die Aufforderung gerichtet worden, über den Stand der Reichsfinanzen und deren Aussichten für das Rechnungsjahr 1912 Aufschluß zu geben. Im Verlauf seiner Ausführungen stellte der Regierungsvertreter folgendes fest: Der Stand der Reichsfinanzen ist durchaus befriedigend dank den guten Erträgnissen der neuen Steuern. Diese günstige Lage der Finanzen des Deutschen Reiches äußert sich darin, daß die

Überschüsse des Jahres 1911

noch erheblich höher sein werden, als im Jahre 1910, wo sie 117 Mill. Mk. betrugen. Wenn die Steuererträgnisse sich normal weiter entwickeln wie bisher, könnte mit einem Überschuß für 1911 von 140 Mill. Mk. gerechnet werden. Von dem im Etat für 1911 vorgesehenen Anleihekredit von 97½ Mill. Mk. wurde kein Gebrauch gemacht, derselbe wird auch nicht in Anspruch genommen werden müssen, sodaß im laufenden Jahre kein Pfennig neue Anleihe ausgegeben wurde, während auf der andern Seite

erhebliche Summen zur Schuldentilgung

aus dem ordentlichen Etat verwendet wurden. Der Reichsschatzanweisungskredit wurde im Jahre 1911 nur in ganz unerheblicher Weise in Anspruch genommen. Die Bestimmung des Etatsgesetzes, daß alle Überschüsse aus den Überweisungssteuern und aus den ordentlichen Einnahmen des Reiches zur Abbürdung der Anleihe bezw. zum Rückkauf von Schuldverschreibungen am offenen Markt verwendet werden müssen, gestattete unter diesen Umständen eine erhebliche Entlastung der Reichsschuld. Auch für das bevorstehende Rechnungsjahr 1912, dessen Etat zurzeit noch nicht fertiggestellt ist, ist ein durchaus günstiger Abschluß zu erwarten. Der Etat wird wiederum gestatten, erhebliche Beiträge zur Schuldentilgung vorzusehen. Das Anleihesoll für 1912 dürfte sich auf etwa 50 Mill. Mark belaufen. Soweit die Anleihe zur

Deckung neuer Bedürfnisse

notwendig erscheint, kommen nur solche werbender Natur in Frage, sodaß wir dem erstrebenswerten Ziel jeder guten Anleihepolitik, alle nichtwerbenden Anlagen auf den ordentlichen Etat zu überweisen, bereits sehr nahe gerückt sind. Eine Inanspruchnahme dieses Anleihekredits wird aber vielleicht auch im Jahre 1912 nicht notwendig werden. — Soweit der Regierungsvertreter. Da die nächste Etatsberatung voraussichtlich nicht vor Ende Januar beginnen und die Vollversammlung des Reichstages vor dem Schluß der laufenden Legislaturperiode keine Gelegenheit mehr haben wird, sich mit den Finanzen des Reiches eingehend zu befassen, muß es als zweckmäßig anerkannt werden, daß ein Vertreter des Reichsschatzamtes dem Reichshaushaltsausschuß des Reichstages eine genauere Auskunft über den Stand der Reichsfinanzen gab. Die Mitteilungen der Regierung sind eine überzeugende Rechtfertigung für den Erfolg der Reichsfinanzreform, und wenn man bedenkt, daß wie die Finanzminister, auch die Vertreter des Reichsschatzamts gewohnheitsmäßig dazu neigen, die Zukunft der Finanzen immer etwas vorsichtig zu beurteilen, so erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Gesundung der Reichsfinanzen in den nächsten Jahren sogar noch schnellere Fortschritte macht, als jetzt erfreulicherweise in Aussicht gestellt wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Die sogenannte kleine Strafgesetznovelle ist im Reichstag nunmehr endgültig gescheitert, weil der Antrag keine Mehrheit fand, wonach die Regierung auf die Verschärfung der Strafen wegen Beleidigung durch die Presse, der Reichstag dagegen auf die von der Kommission neu in die Vorlage gebrachte Bestimmung, daß Schächtungen von den Strafen wegen Tierquälerei ausdrücklich ausgenommen werden sollen, verzichten solle.

*Der Deutsche Fleischerverband hat an den Reichskanzler eine Eingabe um Gestattung einer vermehrten Vieheinfuhr aus Schweden, den Ver. Staaten und aus Rußland gerichtet.

Frankreich.

*Der spanisch-französische Streit um Marokko hat jetzt eine ernste Wendung genommen. Wie nämlich aus Paris berichtet wird, hat das Ministerium trotz des Widerspruches des Ministers des Äußeren beschlossen, an Spanien ein Ultimatum wegen der Räumung mehrerer marokkanischer Orte, die von Frankreich in Aussicht genommmen werden, zu richten.

Belgien.

*Die Kammer hat dem Kriegsminister nach vierzehntägiger Aussprache über die Verteidigungsmittel des Landes mit 82 gegen 73 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. In der der Abstimmung vorangehenden Debatte erklärte der Sozialistenführer Vandervelde, daß die belgischen Sozialisten das Land verteidigen würden, wenn es angegriffen werden sollte.

Holland.

*Den Bestrebungen zur Einschränkung des Mißbrauchs von Opium steht auch die deutsche Regierung freundlich gegenüber. Sie hat sich deshalb bereit erklärt, an der von den Ver. Staaten angeregten Opiumkonferenz, die gegenwärtig im Haag tagt, teilzunehmen. Außer Deutschland sind die Ver. Staaten, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Italien, die Niederlande, Japan, China und Persien auf der Konferenz vertreten.

Dänemark.

*Der dänische Reichstag hat den dänisch-französischen Schiedsgerichtsvertrag, der verschiedentlich zu scheitern drohte, endgültig angenommen.

Schweden.

*Die schwedische Regierung hat beschlossen, vier Kommissionen zu ernennen, um über einen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes angepaßten wirksamen Landesverteidigungsplan zu beraten.

Amerika.

*Trotz des wiederholten und dringenden Einspruchs der Ver. Staaten hat Mexiko einen Vertrag mit Japan geschlossen, wonach das letztere die Erlaubnis zur Ausübung des Fischereirechts innerhalb 500 Meilen an der mexikanischen Küste erhält.

*Wie New Yorker Blätter melden, steht die südamerikanische Republik Venezuela abermals vor dem Ausbruch eines Bürgerkrieges. Es heißt, der frühere Präsident Castro, der eine Zeitlang wie vom Erdboden verschwunden war, soll angeblich in der Nachbarrepublik Brasilien eine Schar Abenteurer um sich gesammelt haben, um den Präsidentensitz wieder zu erobern. In Venezuela sind alle Abwehrmaßregeln getroffen worden.

Afrika.

*In Englisch-Südafrika, dem neuen Staatenbund, soll die allgemeine Wehrpflicht nach Schweizer Muster eingeführt werden.

Asien.

*Nach den letzten Meldungen sind die chinesischen Regierungstruppen nun auch in der Mandschurei von den Revolutionären besiegt worden. Damit ist die letzte Hoffnung der Mandschudynastie auf die Erhaltung ihrer Macht vernichtet. Dennoch beharrt der Hof auf seiner Weigerung, die Hauptstadt Peking zu verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen, wie es der Prinz-Regent auch ablehnt, die Abdankung des Mandschukaisers gegen Gewährung eines reichlichen Jahresgehaltes für alle Mitglieder des Kaiserhauses zu unterzeichnen. Man ist in Konsulatskreisen überzeugt, daß der Zusammenbruch des Thrones nur noch eine Frage der Zeit sei.

*Die persische Regierung hat die Forderung Rußlands abgelehnt, den Amerikaner Shuster, den Finanzberater Persiens, abzusetzen. Infolgedessen haben die an der Grenze des Landes befindlichen Truppen Befehl erhalten, ins Innere zu marschieren. In Persien ist infolge dieser Vorgänge schon wieder eine Ministerkrise ausgebrochen. Es fragt sich, ob ein andres Kabinett einen Ausweg aus den Wirrnissen finden wird.

Deutscher Reichstag.

Am 1. d. Mts. wird zunächst die Vorlage auf Zulassung kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kiautschou nach kurzer Debatte nach den Beschlüssen der Kommission, die die Vorlage in verschiedenen Einzelheiten geändert und sie insbesondere auf Kiautschou beschränkt hat, in zweiter Lesung angenommen.

Es beginnt die dritte Lesung des Schiffahrtsabgabengesetzes.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Frank (soz.): Wir lehnen die Vorlage ab, weil sie das Ansehen Deutschlands schädigen muß. Sie ist den Feinden Deutschlands in Österreich eine willkommene Waffe und in Belgien und Holland entsteht neues Mißtrauen. Innerpolitisch ist die Vorlage eine

Stärkung des Partikularismus,

eine Kriegserklärung des Nordens gegen den Süden. Zudem ist eine Verteuerung der Lebensmittel unvermeidlich.

Abg. Barenhorst (freikons.): Ich werde mich nicht auf das hohe Roß der auswärtigen Politik schwingen. Ich bitte den Minister nur, bei Ausführung von Meliorationsbauten auf die Bilanzen der Fischerei Rücksicht zu nehmen. Der Fischerstand ist für unsre Wehrkraft, namentlich für den Ersatz unsrer Marine, von erheblichem Interesse.

Preußischer Minister v. Breitenbach: Bei allen Meliorationen wird auf die Interessen der Fischerei weitgehende Rücksicht genommen.

Abg. Oser (fortschr. Vp.): Die Mehrheit meiner Freunde lehnt die Vorlage ab und nur eine Minderheit kann ihr zustimmen. Auf neue Anträge verzichten wir. Der Entwurf beseitigt die Abgabenfreiheit und bringt doch keinen greifbaren Erfolg.

Die Generaldiskussion schließt. In der Einzelberatung erklärt auf Befragen des Abg. Zehnter

Minister v. Breitenbach: Auslandsgüter werden hinsichtlich der Abgaben genau so behandelt wie inländische.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Privatbeamten-Versicherungsgesetzes fortgesetzt.

§ 10 bestimmt, wer versicherungsfrei bleibt.

Ein Antrag Schultz (freik.) fordert Versicherungsfreiheit für Rechtsanwälte.

Abg. Schultz (freik.): Mein Antrag will namentlich der Tatsache Rechnung tragen, daß Rechtsanwälte zuweilen in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu andern Anwälten stehen.

Abg. Hormann (fortschr. Vp.): Wie steht es bei den besonderen Verhältnissen der Elementarschullehrer der staatlich konzessionierten Vorschulen in Bremen, ehe sie an staatlichen Schulen endgültig angestellt werden?

Ministerialdirektor Kaspar: Im Fall des Abg. Hormann wird die Entscheidung ins Ermessen der Behörden gestellt sein müssen. Eine besondere Bestätigung, daß Rechtsanwälte versicherungsfrei sind, wir wohl überflüssig sein.

Der Antrag Schultz wird zurückgezogen, § 10 wird unverändert angenommen.

Bei § 24, der die Altersgrenze auf 65 Jahre festsetzt, kommt es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Hoch (soz.) und Behrens (wirtsch. Vgg.).

Abg. Hoch (soz.) nimmt Bezug auf eine Broschüre des Abg. Behrens, in der den Sozialdemokraten vorgehalten wird, daß der Jenaer Parteitag 1905 auf ein Referat von Molkenbuhr sich gegen die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Reichsversicherungsordnung vom 70. aufs 65. Lebensjahr erklärt habe, und daß daher die jetzigen Angriffe gegen die bürgerlichen Parteien eine

elende Doppelzüngigkeit

bedeuten. Hoch erklärt, die Verhältnisse hätten sich seit jenem Parteitag geändert und darauf sei die Änderung der Stellung der Sozialdemokraten zurückzuführen; das habe Behrens nicht erwähnt und das sei eine schamlose Unterschlagung.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) hält die Vorwürfe aus der Broschüre vollinhaltlich aufrecht. Die bürgerlichen Parteien haben bei der Reichsversicherungsordnung lediglich deshalb gegen das 65. Jahr gestimmt, um das Gesetz bei dem Unannehmbar der Regierung nicht zum Scheitern zu bringen. Es ist eine volksbetrügerische Doppelzüngigkeit der sozialdemokratischen Agitation. Seien Sie ehrlich in der Agitation draußen im Lande.

Die Auseinandersetzung geht weiter unter zunehmender Unruhe bei den Mitgliedern der andern Parteien.

Abg. Potthoff (fortschr. Vp.) beantragt Schluß der Debatte; den Zänkereien der Arbeitersekretäre müsse der Boden entzogen werden.

Gegen die Stimmen der Liberalen wird der Schlußantrag abgelehnt, worauf Abg. Behrens den sozialdemokratischen Rednern nochmals entgegentritt.

Bei den Bestimmungen über das Heilverfahren (§§ 35 bis 42) bittet

Abg. Potthoff (fortschr. Vp.) um möglichstes Entgegenkommen. Das Heilverfahren ist das einzige Positive, was die Vorlage in den nächsten Jahren den Angestellten bringen wird, da ja der Versicherungsanspruch erst nach einer Reihe von Jahren zur Geltung kommt.

Bei § 49 wird ein Antrag Schultz (freikons.) angenommen, der das Wiederaufleben der Anwartschaft gegenüber den dabei in Betracht kommenden finanzpolitischen Bedenken auf dem Umwege über die Stundung der Beiträge unter allen Umständen ermöglichen will. Ein weitergehender Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Nach § 97 wird die

Reichversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin

errichtet.

Abg. Erzberger (Zentr.): Ausgerechnet nach Berlin! Wo wollen Sie in Berlin den Grund und Boden zu annehmbarem Preise herbekommen? Gewähren Sie auch einmal einer mittleren Stadt eine Wohltat. Wir wollen doch die Verwaltungskosten möglichst herabdrücken.

Ministerialdirektor Kaspar: Natürlich soll die Verwaltung möglichst billig eingerichtet werden. Aber es hat sich kein Bedenken ergeben, die Anstalt nach Berlin zu legen; es spricht dafür die zentrale Lage, die guten Verbindungen, das Vorhandensein von Beamten im Nebenamt. Natürlich ist dabei an Groß-Berlin gedacht.

Abg. Lattmann (wirtsch. Vgg.): Wir sind für Dezentralisation und beantragen die Verlegung nach einer andern Stadt (Zuruf: Kassel!) — jawohl Kassel!

Nach kurzer weiterer Besprechung, in der Abg. Schultz (freikons.) nicht zu vergessen bittet, daß es auch einen deutschen Osten gibt, wird der Kommissionsbeschluß beibehalten.

Abg. Schultz (freik.) beantragt ferner, daß von den mittleren und unteren Beamten mindestens ein Drittel Militäranwärter sein müssen. Ein sozialdemokratischer Antrag hingegen will jede Bevorzugung der Militäranwärter verbieten.

Der Antrag Schultz wird angenommen.

Nach § 114 sind als Vertreter der Versicherten nur versicherte Angestellte wählbar. Die Sozialdemokraten beantragen Wählbarkeit auch der Versicherungsinvaliden.

Abg. Hue (soz.) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die schwarzen Listen, die man aus dem Ruhrrevier und jetzt auch gegenüber den Technikern in Berlin kennen gelernt habe. Man zwinge diese Beamten, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten.

Abg. Fleischer (Zentr.): Die terroristischen Maßnahmen der Unternehmer zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit verurteilen auch wir mit dem größten Nachdruck. Aber der sozialdemokratische Antrag hilft nichts, er schmälert noch unter Umständen die Rechte der Angestellten.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und das Gesetz bis zum § 124 erledigt.

Die Weiterberatung wird vertagt.

Heer und Flotte.

— Für die Neubauten, die in diesem Jahre dem Vulkan in Hamburg, der Aktiengesellschaft Weser in Bremen und der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven in Auftrag gegeben worden sind, ist bestimmt worden, daß ihnen Turbinen verschiedener Systeme eingebaut werden. Und zwar sollen erhalten: der Neubau „S" eine Turbinenmaschinenanlage nach dem Parsons-System; „Ersatz Weißenburg" die Bergmann-Turbine und „Ersatz Kurfürst Friedrich Wilhelm" eine Turbinenanlage der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Die späteren Probefahrten der Schiffe werden dann Rekordleistungen zu erbringen haben. Auch bei der Aufnahme des Baus der ersten Turbinenkreuzer wurden nach dieser Richtung hin Erprobungen angestellt, die für die Einführung der Turbine in der Kriegsflotte von besonderem Wert waren.

Kindesliebe.

31] Roman von Rolf Cormans.

(Fortsetzung.)

„Schließlich aber, — und das war der Haupttrumpf, ohne den alles übrige doch vielleicht verlorene Liebesmüh' gewesen wäre —" fuhr Sieveking fort, „gaben nicht weniger als vier Schreibsachverständige, denen auf meinen Antrag der bei den Akten befindliche Wechsel nebst zahlreichen Proben von deiner und deines Vaters Handschrift vorgelegt wurde, und die ihr gleichlautendes Gutachten mit aller Bestimmtheit dahin ab, daß der Wechsel und das Akzept des Professors Bardow ohne jeden Zweifel nicht von dir, sondern von dem Geheimen Regierungsrat Gernsdorff geschrieben worden sei. Im Besitze dieses schätzbaren Materials hatte ich für alles andre leichtes Spiel; aber wer weiß, ob auch die Herren Richter sich der Sache mit solchem Eifer angenommen hätten, wenn nicht einer deiner Freunde, der vorläufig ungenannt sein will, und um den du es — nebenbei bemerkt, gar nicht verdient hast, eine Audienz beim Justizminister erwirkt, und diesen edlen, menschenfreundlichen Mann mit einer flammenden Beredsamkeit, deren eben nur die — die wahre Freundschaft fähig ist, für deine Angelegenheit interessiert hätte. Augenblicklich liegen die Dinge so, daß es sich nur noch um die Erfüllung von Formalitäten handelt. Der Präsident hat mir sogar im Vertrauen bereits den Tag bezeichnet, den er für die neue Hauptverhandlung in Aussicht genommen hat, und es war also durchaus kein dummes Geschwätz, wenn ich mir vorhin erlaubte, dich für heute in vier Wochen zu einer Flasche Johannisberger einzuladen."

Der junge Rechtsanwalt, der in dem stolzen Bewußtsein des durch seine Bemühungen und seinen Scharfsinn errungenen beispiellosen Erfolges bei seiner Darstellung mehr und mehr in Hitze geraten war, hatte doch wohl erwartet, daß Walter Gernsdorffs unvernünftiger Eigensinn nun endlich besiegt sein und daß der wider seinen Willen Gerettete ihm gerührt um den Hals fallen würde.

Aber er hatte sich getäuscht. Gernsdorff blieb minutenlang stumm und regungslos, um dann mit schwer atmender Brust und gepreßter Stimme zu sagen:

„Du hast es gut gemeint, Sieveking — ich danke dir von Herzen, dir und dem unbekannten Freunde, dessen Namen ich wirklich nicht zu erraten vermag. Aber es war dennoch alles umsonst."

Er schien es jedoch selbst zu fühlen, daß er es dem Freunde gegenüber nicht bei dieser Zurückweisung bewenden lassen dürfe, ohne ihm wenigstens eine Motivierung derselben zu geben.

Oftmals stockend, begann er ihm in abgerissenen Sätzen seine früheren Seelenkämpfe zu schildern, die ihn zu dem Entschluß gebracht hatten, auch nach dem Tode des Vaters die Last der Schmach, die er durch seine Selbstaufopferung auf sich geladen, weiter zu schleppen.

Nicht ohne tiefe innere Ergriffenheit hörte der Rechtsanwalt ihm zu. Er hütete sich aber wohl, etwas davon gewahr werden zu lassen, sondern sagte, als Gernsdorff geendet hatte, möglichst gelassen:

„Eigentlich hätte ich mir derartiges denken können, Freund. Deine Offenheit erklärt mir ja nun alles; aber um so mehr muß ich dir sagen: es ist die höchste Zeit, dieser heroischen Torheit ein Ziel zu setzen, denn sie hat gegenwärtig gar keinen Zweck mehr. Nimm doch nur Vernunft an. Es steht ja bereits in den Akten, wer der wirkliche Täter gewesen ist. Niemand würde dir glauben, wenn du bei deiner Selbstbezichtigung beharren wolltest. Aber noch aus einem andern Grunde ist es deine Pflicht, nunmehr endlich der Wahrheit die Ehre zu geben."

Er bemerkte deutlich, daß seine Worte nicht ohne Eindruck auf den Gefangenen geblieben waren; die trotzige Verbitterung wenigstens, die ihn bisher ganz und gar beherrschte, schien von ihm gewichen zu sein.

Um den errungenen Vorteil weiter zu verfolgen, fuhr der Rechtsanwalt gleich fort, indem er dem Freunde die Hand auf die Schulter legte:

„Du mochtest mit deiner Ehre und deinem Leben anfangen, was dir gefiel, so lange du in deiner wahnwitzigen Verblendung nur dich selbst ins Unglück brachtest. Jetzt aber hast du die Verantwortung auch für ein andres Menschenschicksal zu tragen und dein vermeintliches Heldentum würde zur Narrheit und zur Schurkerei werden, wenn du auch jetzt noch darin verharrtest."

„Die Verantwortung für ein andres Menschenschicksal? Was willst du damit sagen?"

„So ahnst du nicht, wem du in Wahrheit deine Rechtfertigung verdankst? Nicht mir, bei Gott, nicht mir! Als ein Gebrandmarkter und Geächteter hättest du dein verpfuschtes Dasein weiter schleppen können, wenn nicht ein edles, herrliches Geschöpf unerschütterlich an dich geglaubt hätte, dir und der Welt zum Trotz! Was ich dir hier als mein Werk geschildert habe, sie allein hat es vollbracht und ich konnte ihr nichts als armselige Handlangerdienste dabei leisten. Sie war es, die mit ihrer rührenden Anhänglichkeit an dich deiner Stiefmutter jenes Geständnis abgezwungen; sie war es, die nicht müde wurde, immer neue Beweise zusammenzutragen, unbekümmert darum, wie die Leute ihre unweibliche Teilnahme für einen Sträfling beurteilen mochten, unbekümmert darum, daß sie sich durch ihre Handlungsweise den häßlichsten Verdächtigungen und dem zermalmenden Zorn ihres Vaters aussetzte! Sie war es, die sich mit der Beharrlichkeit der Liebe einen Weg bis zum Kabinett des Justizministers zu bahnen wußte, und wenn man es von ihr verlangt hätte, daß sie ihr Blut tropfenweise hingeben sollte, um dir damit nur einen einzigen weiteren Tag deiner Leidenszeit zu ersparen — meine Ehre setze ich dafür ein: sie hätte es ohne Wimperzucken getan. Was kein Mann fertig gebracht hätte, ihr, dem schwachen, unerfahrenen Mädchen, ist es gelungen. In der Gewißheit ihres Erfolges hält sie sich heute für das glücklichste aller Geschöpfe. Und wenn du erbärmlich genug sein könntest, Gernsdorff, dieses Glück zu zerstören — bei Gott, ich —"